

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

2/XXVI/9

14. Januar 1971

Sicherer als je zuvor

Westberlin im Kräftefeld der europäischen
Politik

Von Klaus Schütz
Regierender Bürgermeister von Berlin

Seite 1 und 2 / 83 Zeilen

Des Kremles neuer Mann in Bonn

Falin: Moskaus Deutschland-Experte
Nummer eins

Seite 3 / 46 Zeilen

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Lage der Kirche in Deutschland"

Von Kardinal Joseph Höffner
Erzbischof von Köln

Seite 4 bis 5 / 124 Zeilen

Zur Kenntnisnahme: Durch ein Versehen wurde
die Ausgaben-NUMMER 244 im Dezember 1970
dieses Dienstes übersprungen.

Chefredaktor: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9133
Pressetisch: 1, Zimmer 217-024
Telefon: 22 80 37 - 33
Telex: 525 846 886 847
590 248 PFF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Sicherer als je zuvor

Westberlin im Kräftefeld der europäischen Politik

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin

Vor wenigen Jahren hat mancher behauptet, Berlin sei eine Stadt ohne Zukunft, sei eine sterbende Stadt. Es wurde gefragt, ob und wie Berlin zu retten sei, und es gab viele Ratschläge. Einige meinten, es sei sowieso alles vergeblich. Und andere rieten, die Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland schrittweise zu lösen.

Wir sind diesen Weg nicht gegangen, und wir sind mancher anderen zweifelhaften Empfehlung nicht gefolgt. Wir haben vielmehr nach unseren Einsichten, nach unseren Vorstellungen gehandelt, und wir können sagen, daß wir diese Stadt kontinuierlich - Tag für Tag ein Stück mehr - vorangebracht haben. Berlin wird auch in Zukunft vorankommen, die Stadt wird weiter gefestigt werden, nach innen wie nach außen.

Im Laufe des vergangenen Jahres ist Berlin durch das, was man gemeinhin die Ostpolitik dieser Bundesregierung nennt, immer mehr ins Zentrum nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Politik gerückt. Es ist außer Frage, daß sich diese Tendenz - oder auch: diese Tatsache - 1971 weiter verstärken wird. Einfach darum, weil nach Ermessen und Einschätzung in diesem Jahr Entscheidungen für Berlin getroffen werden müssen.

Tatsächlich sind die Probleme um Berlin und in Berlin vielschichtig und kompliziert. Man braucht sich nur die Rechtspositionen, die unterschiedlichen und auch gegensätzlichen Interessen, die absichtsvollen Interpretationen und anderes mehr, das im Spiele ist, vor Augen zu halten, um zu wissen, daß das Reden und insofern auch das Gerede seine Gründe hat. Wir nehmen es gelassen.

Wir nehmen es gelassen, weil wir objektiv dazu in der Lage sind. Denn die Frage ist: Hat sich in Berlin etwas zum Nachteil verändert, haben die Berliner Anlaß zu Befürchtungen? Die Antwort für beides ist: nein. Ein eindeutiges Nein.

Die Vier Mächte sind nach wie vor und ohne Abstrich für Berlin als Ganzes zuständig, die Botschaftergespräche bestätigen das. Unsere drei Schutzmächte haben nach wie vor die oberste Gewalt in West-Berlin inne. An ihrer Zuständigkeit und Verantwortung ist nicht ein Tüpfelchen verlorengegangen.

Unsere von den drei Westmächten ausdrücklich legitimierte Zuordnung zur Bundesrepublik samt unserer Zugehörigkeit zur inneren Ordnung der Bundesrepublik vor allem in rechtlicher, wirt-

schaftlicher und finanzieller Hinsicht besteht heute so wie seit vielen Jahren. Da ist kein Komma verschoben worden.

Mit anderen Worten: Die Grundlagen unserer Existenz in West-Berlin sind dieselben wie vordem. Praktisch alle West-Berliner bejahen angesichts der bestehenden Bedingungen dieses Fundament. Wir haben nicht die Absicht, es zu verlassen, und es gibt niemanden in Bonn oder anderswo im Westen, der empfohlen hätte oder empfehlen würde, dieses Fundament aufzugeben.

Und was die Befürchtungen betrifft: ihnen fehlt der Gegenstand. Die Mehrheit der Berliner bejaht die Politik unserer Bundesregierung nach Osten hin, diesen Versuch, mit der Sowjetunion und den anderen Ländern Osteuropas und auch mit der DDR zu einem vernünftigen Ausgleich, zu einer Verständigung zu kommen. Dabei ist unumgänglich und selbstverständlich, daß Berlin in diese Politik auf eine Friedensordnung hin eingefügt werden muß. Ein Restposten des Kalten Krieges mit dem Namen "Berlin" nützt niemandem und schon gar nicht uns selbst.

Um eben dieses Einfügen geht es jetzt, um nichts anderes. Dabei ist unbestritten, daß nach Lage der Dinge, daß nach allem, was sich seit Kriegsende in dieser Stadt niedergeschlagen hat, Berlin der schwierigste Gegenstand in diesem Prozeß ist. Darum die Langwierigkeit der Verhandlungen. Vornehmlich scheinen die Konsultationsprozesse auf der anderen Seite schwieriger zu sein, als wir - aber offenbar nicht nur wir im Westen - annehmen.

Wir sagen seit Langem, daß nur die Realitäten die Basis der Politik sein können. Darum siedeln wir unsere Forderungen für Berlin, unsere Erwartungen aus den Gesprächen der Vier Mächte nicht in einem fernem Reich der Illusionen an, sondern bringen sie in die Wirklichkeit in und um Berlin ein. Und zwar so, daß sie für alle Beteiligten annehmbar sind.

Ich denke, daß deutlich ist: West-Berlin ist heute sicherer als je zuvor; eine Minderung kommt hier nicht in Frage. Diese Sicherheit soll durch die Politik der Bundesregierung nach Osten hin nun vergrößert werden. Und mit der größeren Sicherheit müssen und werden Verbesserungen für die West-Berliner einhergehen. Nichts anderes. Wir sind mittendrin in diesem Prozeß. Er setzt sich aus vielen Einzelheiten zusammen, aus vielen Elementen.

Mit Befriedigung und dankbar haben wir die Äußerungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten und des Staatspräsidenten der Französischen Republik zur Berlin-Frage zur Kenntnis genommen. Und wir danken den drei Stadtkommandanten für ihre Weihnachtsbotschaft an die Berliner. Sie haben dabei die Sicherheitsgarantie für unsere Stadt wiederholt und versichert, daß sie alles mögliche tun werden, um eine befriedigende Regelung in und um Berlin herbeizuführen.

Des Kremis neuer Mann in Bonn

Falin: Moskaus Deutschland-Experte Nummer eins

Moskaus neuer Mann in Bonn, der 45-jährige Valentin Falin, gilt unbestritten als der zurzeit beste Kenner der Deutschland- und Berlinprobleme in der Sowjetunion. Der nach Sorin, Smirnow und Zarapkin vierte Botschafter der UdSSR in der Bundesrepublik gehört zu den Senkrechtstärkern in der sowjetischen Diplomatie. Er leitet seit 1968 die Dritte Abteilung des Moskauer Außenministeriums, die für Deutschland zuständig ist. In dieser Position arbeitete er aufs engste mit seinem unmittelbaren Vorgesetzten zusammen, dem stellvertretenden Außenminister Wladimir Semionow, dem selbst der Ruf eines herausragenden Deutschlandspezialisten vorausgeht. Falin war in den Wochen, in denen der Bundeskanzler-Staatssekretär Egon Bahr den deutsch-sowjetischen Vertrag in Moskau vorausverhandelte, neben Außenminister Gromyko einer der ständigen Kontaktleute des Bonner Ennissärs gewesen, mit dem er zuletzt noch in den Jahres-schlußtagen 1970 in der Bundeshauptstadt zusammengetroffen war.

Wladimir Falin, der über ausgezeichnete deutsche Sprachkenntnisse verfügt, wird von Personen- und Sachkennern der Moskauer Szene als ein Mann der Tat, als einer der modernen Technokraten des sozialistischen Bereichs geschildert. Er verfügt über ein ins einzelne gehendes Wissen über die Bundesrepublik, über Deutschland als Ganzes und über alle schwierigen Fragen des deutsch-sowjetischen Verhältnisses einschließlich der Sonderproblematik Berlin als einen der Kernpunkte der Bemühungen um europäische Entspannung. Man weiß, daß er seine überaus verbindliche Haltung mit jener Härte zu vereinen weiß, die ihn zu einem Paradebeispiel sowjetischer Diplomatie von heute machen.

Der neue Botschafter des Kreml in Bonn hat sich einen großen Einfluß in der Moskauer Staats- und Parteizentrale erarbeitet. Falins Entsendung an den Rhein muß also insgesamt als ein Signal verstanden werden, als ein deutliches Zeichen für die Kontinuität der Politik, die mit dem Moskauer Vertrag begonnen worden ist, und auch als ein Zeichen für die Bedeutung, die dem Fortgang dieser Politik in Moskau beigegeben wird.

Das Kremis dritter Bonn-Botschafter, Semjon Konstantinowitsch Zarapkin, der jetzt in den Ruhestand gehen wird, kann mit Genug-tung feststellen, daß er während einer vielleicht historischen Entwicklung der deutschen Politik in Bonn tätig gewesen ist. Seine Bemühungen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR werden zu gegebener Zeit gesondert zu würdigen sein.

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Lage der Kirche in Deutschland"

Von Kardinal Joseph Höffner
Erzbischof von Köln

Dieser Text der Ansprache, die der Kardinal am 31. Dezember 1970 für seine unmittelbaren Mitarbeiter im Generalvikariat und in anderen erzbischöflichen Dienststellen gehalten hat, gibt in dem folgenden Auszug, der kirchenamtlich autorisiert ist, eine konkrete Einsicht in die Vorstellungen, die in der Spitze der katholischen Kirche der Bundesrepublik zu aktuellen Problemen gegeben sind, die jeden Bundesdeutschen als Staatsbürger interessieren sollten.

"Die Kirche in Deutschland lebt in der Erwartung der gemeinsamen Synode der deutschen Bistümer. Die hohe Beteiligung bei der Ausfüllung der Fragebogen hat gezeigt, daß die Gläubigen Großes von der Synode erhoffen. Die Synodalen sollten deshalb nicht vergessen, daß das gläubige Kirchenvolk in seiner überwältigenden Mehrheit aus jenen besteht, die weder in den Zeitungen schreiben noch im Rundfunk reden, aber in den Kirchen hüten und sich bemühen, in Familie und Beruf ihre Pflicht zu erfüllen. Wenn in den nächsten Jahren die Fragen des Glaubens und der christlichen Lebensordnung nicht nur in der Synode, sondern in unseren Pfarreien, Pfarrgemeinderäten, Verbänden, Gemeinschaften und Familien in ernsthaftem Bemühen und mit bereitem Herzen durchdacht und vertieft werden, wäre die Synode der Impuls zu einer umfassenden christlichen Erwachsenenbildung. Während der Synode darf ja das Leben in den Pfarreien und Familien nicht gleichsam in den einseitigen Ruhestand treten. Es muß sich vielmehr mit verstärkter Energie entfalten.

Zweilen werden Erwartungen oder Forderungen an die Synode gestellt, die mit dem Selbstverständnis der katholischen Kirche nicht vereinbar sind. Die Synode ist keine freischwebende autonome Versammlung, sondern in jene Ordnung eingefügt, die Christus selber seiner Kirche gegeben hat. Nach dem Willen Christi, der das Haupt und der Herr der Kirche ist und bleibt, ist die Leitung der Kirche, das heißt 'die höchste und volle Gewalt über die ganze Kirche', dem Papst und - gemeinsam mit ihm - dem Kollegium der Bischöfe übertragen (Lumen Gentium, 22). Die Kirche ist kein Verein menschlichen Rechts, dessen Mitglieder einen geschäftsführenden Vorstand bestollen. In der Kirche geht nicht alle Gewalt von unten aus; sie wird vielmehr sakramental von oben, von Jesus Christus, zugewiesen - nicht als Herrschaft, sondern als Dienst.

Erst recht ist die Synode der deutschen Bistümer nicht befugt, den Glauben zu ändern, etwa - um ein von bestimmter Seite

immer wieder genanntes Thema aufzugreifen - die Unauflöslichkeit der sakramental geschlossenen und vollzogenen Ehe aufzuheben. Man sagt, die 'Wiederverheiratung zu Lebzeiten des anderen Gatten' sei zugelassen, wenn die frühere Ehe aus Gründen geschieden wurde, 'denen für die Beteiligten ähnliches Gewicht wie dem rechtlichen Ehelösungsgrund des Todes zukäme'. Es gehe darum, 'ob die Kirche eine Ehe als unauflöslich ansehen soll, wenn sie gar nicht mehr besteht, wenn sie zerstört, zerrüttet, tot ist'. Einige, so hört man, gehen von der Theorie zur Praxis der Pseudo-Trauung Geschiedener über. 'Das alles steht im offenen Widerspruch zum Glauben der Kirche. Ob man sich die Folgen überlegt hat?

Im Jahre 1969 sind in der Bundesrepublik 72.000 Ehen geschieden worden. Sind diese Ehen nicht alle 'zerstört, zerrüttet, tot'? Wer wird denn eine glückliche, nicht zerrüttete Ehe scheiden lassen? Wer die sogenannte 'tote' Ehe für aufgelöst erklärt, hat damit die Unauflöslichkeit der Ehe preisgegeben.

Im übrigen sind diese Thesen keineswegs neu. Sie stammen aus der Aufklärung. Das von Voltaire begründete aufklärerische 'Dictionnaire philosophique' erklärte 1783, die Ehe könne aufgelöst werden, 'ohne daß es eines weiteren Motivs bedürfte, als des beharrlichen Willens der beiden Gatten'. In diesem Sinne bestimmte das französische Revolutionsdekret vom 20. September 1792, es stehe jedem Gatten frei, mit dem bloßen Hinweis auf die fehlende charakterliche Harmonie die Ehescheidung auszusprechen zu lassen.

Im 19. Jahrhundert lebte diese Ideologie hartnäckig weiter. Johannes von Geissel, der spätere Kölner Kardinal, mußte 1831 die Meinung zurückweisen, geschiedene Katholiken sollten bürgerlich heiraten und dann 'ehelich, ruhig und zufrieden' leben. Jesus habe die Unauflöslichkeit der Ehe nur 'der Regel nach' (heute sagt man: als 'Zielgebot') gelehrt.

Friedrich Engels schrieb 1864, der Sozialismus werde ein neues geschlechtliches Verhalten herbeiführen und ein 'neues Geschlecht' heranwachsen lassen: 'Wenn diese Leute da sind, werden sie sich den Teufel darum scheren, was man heute glaubt, daß sie tun sollen'. Dann beruft sich Engels, wie es auch heute üblich ist, auf die Liebe: 'Ist nur die auf Liebe gegründete Ehe sittlich, so auch nur die, worin die Liebe forbesteht. Die Dauer des Anfalls der individuellen Geschlechtsliebe ist aber nach den Individuen sehr verschieden, namentlich bei den Männern, und ein positives Aufhören der Zuneigung oder ihre Verdrängung durch eine neue leidenschaftliche Liebe macht die Scheidung für beide Teile wie für die Gesellschaft zur Wohltat'.

In den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts verkündete

Leopold von Wiese dieselbe aufklärerische Ideologie. Eine falsche Sexualmoral habe drei Wege der Not über das 'abendländische Weib' gebracht: die Not der verfolgten Dirne, die Not der alternden Jungfrau und die Not der 'eingesenkten Ehefrau'. Es gelte, 'Mann und Weib dem Eros freizugeben'. Die Unauflöslichkeit der Ehe sei unhaltbar. Wenn einer der Gatten von einer neuen Liebe erfaßt werde, könne 'nur diese neu entstehende, nicht die durch Trauung gegründete, frühere und formalrechtliche Ehe als wahr gelten'. Die Klage der Moralisten über sittliche Verkommenheit sei nicht ernst zu nehmen; denn 'ich kann mir bei einer Vertiefung in innere Zusammenhänge nichts unter Schuld vorstellen...', die Schuld löst sich in Notwendigkeiten auf, eine Bemerkung, die dem modernen Trend entspricht, Schuld durch Entschuldigung zu ersetzen.

All diesen Ideologien gegenüber hält das Lehramt der Kirche an der Erklärung des Konzils von Trient fest: 'Wer sagt, wegen Irrglauben, wegen Schwierigkeiten im Zusammenleben oder wegen böswilliger Abwesenheit vom Gatten könne das eheliche Band gelöst werden, der sei ausgeschlossen'.

Wenn eingewandt wird, die Theologen könnten den Papst und die Bischöfe über das richtige Verständnis der Trienter Konzils-erklärung eines Besseren belehren, ist zu antworten, daß es 'die' Lehre 'der' Theologen nicht gibt. Für jede Meinung eines Theologen läßt sich die entgegengesetzte Meinung eines anderen Theologen anführen. So schreibt zum Beispiel Michael Schmaus, die Formulierung des Trienter Konzils schließe in sich ein, 'daß die Lehre von der Unauflöslichkeit der Ehe zum Glaubensinhalt der katholischen Kirche gehört und nicht nur eine wandelbare Rechtsbestimmung darstellt'. Im Übrigen liest man bei Joseph Ratzinger das harte Wort vom 'beträchtlichen Verfall der Theologie und ihrer Vulgarisationsformen' in der heutigen Zeit.

Die Bischöfe halten sich an den Brief, den Papst Paul VI. am 8. Dezember 1970 an sie gerichtet hat: 'Wie notwendig auch die Arbeit der Theologen ist, hat Gott dennoch den Auftrag, den Glauben der Kirche authentisch zu erklären, nicht den Wissenschaftlern anvertraut', sondern den Bischöfen, denen es zusteht, dem Volk zu sagen, 'welchen Glauben Gott von ihm verlangt'.